

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: 2 Pfennig monatlich (bei Haus 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 1729 / Postfach Dresden Nr. 18690, Dresden-Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-Alt., Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 1729 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Dienstag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Freitag, den 18. November 1927

Nummer 268

Ein neuer Zollwucher beschlossen

30 Prozent Erhöhung der Maiszölle / Ein Angriff auf die Ernährung der Kinder

Gachfen in der Front der Zollräuber

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichsrat genehmigte gestern unter dem Vorbehalt von Rundernennung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen Deutschland und Jugoslawien. Die dem Gesetzentwurf ist ein Artikel 3 angehängt, wonach die Bürgerblockregierung die Erhöhung der autonomen deutschen Maiszölle von 3,20 Mark auf 5 Mark verlangt. Da dieser Artikel in der Ausschussberatung abgelehnt worden war, forderten die Vertreter der Bürgerblockregierung im Reichsrat Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage mit der Zollerhöhung. Der Reichsrat beschloß diese Erhöhung des Zollwuchers mit 35 gegen 22 Stimmen.

Die Maiserzeugnisse werden vor allem zur Herstellung von Nahrungsmitteln verwendet. Diese außerordentlich fruchtig und nahrhaft sind aber schon jetzt zu einem großen Teil sehr häufig einen hohen Preis erreicht. Nach dem neuen Zollwucher wird sich dieser Preis noch mehr erhöhen. Die Arbeiterklasse wird durch die Erhöhung der Maiszölle in der Ernährung sehr geschädigt werden. Die sozialdemokratische Presse erhebt ein großes „oppositionelles Geschrei“, weil sie genau weiß, daß im Reichsrat und Reichstag eine feste Mehrheit für die Annahme der Zollwucherpläne des Bürgerblocks vorhanden ist, so daß man die SPD nicht benötigt. Bezeichnend für die „Opposition“ der SPD ist das feige und unehrliche Schwelgen der Sozialdemokratie über die Auslieferung der Schule an die Pfaffen durch das geplante Preußenkonkordat. Bereits vor Monaten wurde bekannt, daß die preussischen Konkordatsverhandlungen mit vollem Wissen und Einverständnis des Parteivorstandes, der Reichstags- und Landtagsfraktion der SPD geführt werden.

Die Bürgerblockregierung vollführt mit der Annahme dieses neuen Zollwuchers einen brutalen Hungerangriff auf die Kinder des Proletariats. Der größte Teil dieser Kinder ist sowieso schon unterernährt. Den Arbeitern fehlt es

an Mitteln, kräftige Nahrungsmittel zu kaufen. Die miserablen Löhne erlauben eine Beschaffung guter Nahrungsmittel nicht. Die Gesundheitslage der Kinder der arbeitenden Klasse wird durch die ungeheuerliche Wohnungsnot noch bedeutend verschlechtert. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten fressen die Kinder hinweg. Mit rücksichtsloser Brutalität, den Interessen der Hausagrarier und der Großgrundbesitzer dienend, opfert die Bürgerblockregierung Leben und Gesundheit der Kinder der arbeitenden Klasse den Interessen der Besitzenden. In der Front des Hungerblockes befindet sich auch der Vertreter der Selbstregierung. Gegen die Erhöhung stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, der Grenzmark, Posen, Westpreußen, der Provinz Niederschlesien, der Provinz Sachsen, der Provinz Hannover, der Provinz Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, ferner die Staaten Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lübeck, Waldeck, Schaumburg-Lippe. Für die Erhöhung des Maiszölles stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Ober- und Niederschlesien, die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein enthielt sich der Stimme.

So sieht das „soziale Wirken“ der NSD-Vertreter in der sächsischen Regierung aus. Herr Vothke wird wohl wieder betonen, daß an erster Stelle bei den Überlegungen über die Zustimmung die Entscheidung über die Staatsinteressen gestanden habe.

Die Arbeiter müssen auf diesen neuen Besteuerungsausbruch mit einem entschiedenen Kampf um höhere Löhne antworten. Sie müssen aber gleichzeitig erkennen, daß nur der Sturz der Bürgerblockregierung, der Kampf um die Befreiung aller kapitalistischen Regierungen die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern vermag. Zu diesem Kampf muß die Arbeiterklasse nicht nur rüsten, sie muß diesen Kampf positiv aufnehmen.

Auslandswochenchau

Genfer Abrüstungskonferenz und Vertragsrevision — Französisch-jugoslawischer Pakt — März und Stresemann in Wien — China

Der erste Rärm über den Briefwechsel des Reparationsagenten mit der Reichsregierung ist verstummt. Parker Gilberts Brief wird vorläufig in der deutschen Presse nur als innenpolitisches Argument zur Begründung von Unternehmerforderungen benutzt. Aber die Frage der Revision der Friedensverträge, nicht nur ihren wirtschaftlichen, sondern politischen Bestimmungen nach, ist lebendig — nur, daß sie in den letzten Tagen in etwas diplomatischeren Formen aufgestellt wurde. Sowohl Briand wie Baldwin hielten in der letzten Woche parlamentarische Reden, die auf einen verstärkten Ton der Besorgnis gegenüber Deutschland eingestellt waren — und demgemäß antwortete auch Stresemann in seiner Wiener Rede mit harten Friedensschmelen, wobei er es natürlich nicht unterließ, in garter Weise auf die Frage der Rheinlanddrückung und auch der Revision des Dawospaktes anzutippen. Aber der Ton macht nicht in allen Fällen die Musik.

Das konnte man vor kurzem an einer bezeichnenden Polemik feststellen. Die Teilnahme der Sowjetregierung an der Genfer Abrüstungskonferenz hat die europäischen Imperialisten — insbesondere die französischen und ihre Trabanten — in eine gewisse Verlegenheit versetzt: wärd die Sowjetvertreter von Genf ferngeblieben, so hätte man ein glänzendes Argument gehabt, um den — natürlich, wie die Herren sehr gut wissen, unermesslichen — Mißerfolg der Genfer Konferenz den bösen Bolschewisten in die Schuhe zu schieben und sich gegenseitig die pazifistische Unschuld zu beschreiben. Durch das Erscheinen der Russen in Genf ist dieser schöne Plan vereitelt — zwar hatten die Völkermächte in Paris gemeinsame Vorbereitungen ab, um sich über ihr Genfer Auftreten zu verständigen und sich nicht angesichts des sachenden Dritten nicht allzu sehr in die Haare zu fahren, aber die Beteiligten sind sich darüber klar, daß derartige Verständigungsmöglichkeiten ihre Grenze haben. Es muß also ein neuer Sündenbock gesucht werden — und bei der Auswahl dieses armen Tieres geraten sich die friedliebenden Herrschaften schon in die Haare. Herr Venesich, offenbar zur Vorausbeurteilung des Mißerfolges der Genfer Verhandlungen — in Prag erklärt, daß man an Abrüstung solange nicht denken könne, solange die „Revisionsgrippe“, die Krankheit der Revision der Friedensverträge, in Europa umgehe. Wahrscheinlich dachte er dabei gar nicht so sehr an Deutschland — zu dem er recht gute Beziehungen unterhält —, als an Ungarn. Aber prompt kam aus Deutschland die bestimmte Antwort der schwerindustriellen Presse: solange die Friedensverträge noch bestehen, werde auch die „Revisionsgrippe“ nicht erlöschen.

Der französisch-jugoslawische Bündnisvertrag hat, wie zu erwarten, in der Presse ein lebhaftes Nachspiel gefunden. In Jugoslawien wurde er natürlich als Rückendeckung gegen Mussolini begrüßt und wirkte sich logisch praktisch in antitalienischen Streikdemonstrationen aus. In Paris war man vorsichtiger und betonte die unbedingte Friedfertigkeit der Absicht — man wolle nur ein Balkan-Lozano schaffen, und der Vertrag solle dazu der Anfang sein. Daß es eines gelinden Druckes auf Mussolini bedürfe, um Italien in dieses „Lozano“ hineinzupressen, darüber war man sich freilich auch vor der Öffentlichkeit klar. Die italienische Presse hielt sich offiziell etwas zurück — „inoffiziell“ veranstalteten faschistische Studenten antifranzösische und antijugoslawische Demonstrationen, die von der Polizei — natürlich ohne Gewaltanwendung — pflichtgemäß zerstreut, von der faschistischen Presse aber als „nationale Tat“ entsprechend gefeiert wurden. Der Hauptgegner Jugoslawiens bestand darin, den Bündnisvertrag als auch gegen Deutschland, zumindest gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland, gerichtet darzustellen und dadurch eine gewisse Verlegenheit zu erzeugen, sich gegen Frankreich eine eventuelle Rückendeckung nördlich der Alpen zu verschaffen. Jugoslawischerseits wurde darauf sofort in eindeutiger Weise erklärt, daß der Vertrag keine Spine gegen Deutschland habe — und dies entspricht auch sicher den Tatsachen; Frankreich hat keine Ursache, Mussolini künstlich zu einer Rückendeckung zu verhelfen. Aber die französische Regierung konnte aus Rücksicht auf ihre Nationalisten nicht offen erklären, daß sie einen Balkanvertrag ohne Klauseln gegen den Anschluß abgeschlossen habe — und so schwebt Paris über diesen Punkt. Inoffiziell scheint man die deutsche Regierung informiert zu haben, und so fiel Mussolinis Versuch, in Deutschland gegen den französisch-jugoslawischen Vertrag Stimmung zu machen, ins Wasser.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung des letzten Wiener Besuches von Stresemann und März zu verstehen: ganz offensichtlich handelte es sich darum, zunächst Propaganda für die deutschen Anschlußpläne zu treiben. Unmittelbare Aktionen in dieser Richtung sind schon dadurch ausgeschlossen, daß die in der österreichischen Bürgerblockregierung ausgeschlaggebende monarchistische Gruppe (an der Spitze Seipel selbst) sich mit den faschistischen Nachbarn in Ungarn und Italien sehr viel enger

Gonnabend Formertstreik in Berlin

Nach den uns heute morgen vorliegenden Meldungen ist die Lohnbewegung, die gegenwärtig in der Berliner Metallindustrie geführt wird, in das entscheidende Stadium getreten. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß die Eisenformier sich weder dem Diktat der Berliner Metallindustriellen noch einem Schiedsspruch des Schlichters fügen werden. Heute soll in einer Urabstimmung die Entscheidung darüber gefällt werden, ob morgen früh der Streik der Formier in Berlin beginnen wird. Es ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Eisenformier in dieser Urabstimmung das Ergebnis der Vermittlungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss mit derselben Mehrheit ablehnen werden, wie der sie bereits bei der ersten Abstimmung für den Streik eintraten. Die Funktionärskonferenz hat den Vergleichsvorschlag bereits abgelehnt.

Mit dem Ergebnis der heute stattfindenden Urabstimmung wird sich noch heute eine Funktionärskonferenz beschäftigen, die dann Gonnabend früh den Streik proklamieren dürfte.

Der Streik der Berliner Eisenformier ist für die gesamte Berliner Metallindustrie von größter Bedeutung, da die Eisenformier im Produktionsprozeß der Metallindustrie den Schlüssel in der Hand halten. Es ist ganz klar, daß, wenn es bei den Eisenformiern zum Kampf kommt, dann in kurzer Zeit eine große Anzahl von Betrieben in den Kampf hineingezogen wird, und die Folgen des Eisenformierstreiks die Frage eines großen Kampfes in der gesamten Metallindustrie aufrollen. Es ist ganz natürlich, daß es beim Streik der Formier zu Stilllegungen der Betriebe durch die Unternehmer und zu Solidaritätsaktionen der Arbeiter kommen wird. Schon haben, wie aus Berlin berichtet wird, die Branchenvereinigungen der Metallschleifer, Gaswinder und Hilfsarbeiter einstimmige Sympathieerklärungen angenommen, in denen gegen den Schlichtungsanspruch und den Raub des Streikrechtes protestiert wird. In diesen Resolutionen ergeht an die Berliner Metallarbeiter der Ruf, die Reihen des Metallarbeiterverbandes zu stärken. Der Metallarbeiterverband wird aufgefordert, den Kampf der Eisenformier zu proklamieren und die übrige Metallarbeiterchaft zur vollen Unterstützung des Kampfes

aufzurufen. Aus dem bisherigen Verhalten der Ur- und Ziska, den „linken“ Reformisten der Berliner Ziska des Metallarbeiterverbandes, ist zu erkennen, daß sie, ähnlich wie in Solingen, den Metallarbeiterkampf abwürgen möchten.

Der schwarz-rot-goldene Stahlhelm

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem der Stahlhelm vor einiger Zeit sich zur „positiven“ Mitarbeit in der Deutschen Republik und zur „Anerkennung“ derselben ausgesprochen hat, folgt jetzt aus gleichem „Zweckmäßigkeitsgründen“ der monarchistische Koffhäuserbund. Im „Koffhäuser“, dem Zentralorgan der deutschen Kriegervereine, veröffentlicht sein erster Vorsitzender, General v. Horn, einen Artikel, in dem er sich zur Mitarbeit im Staate bekant und darum in erster Linie auch die Ausrüstung der Reichsarmeen von den Mitgliedern des Koffhäuserbundes verlangt. Es heißt da: „Unser bisheriger Weg der strengen Unparteilichkeit, den wir unter unseren Bundesfarben gegangen sind, hat sich bewährt und als richtig erwiesen. Wir müssen unseren alten Farben treu bleiben, um unsere hohen Aufgaben lösen zu können... Wir müssen aber die Aufgaben der Gegenwart verstehen, uns zum Staate bekennen und deshalb auch die heutige Reichsflagge, solange sie besteht (!), als solche würdigen. Neben unseren Bundesfarben muß deshalb in Zukunft bei der Anwesenheit von staatlichen Vertretern auch schwarz-rot-gold gezeigt werden...“

Der Vorwärts triumphiert: „Der Kuffah Horns ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß allmählich auch in den rechtgerichteten Verbänden die Erkenntnis für die Staatsnotwendigkeit sich durchsetzt...“ (!)

Die Republik aber hat wieder einmal einen ihrer berühmten „Siege“ erlitten. Der Stahlhelm ist für die Republik — solange sie besteht (!) Jetzt wird nun auch Herr Hörsing und sein Reichsbanner seinen Anstoß mehr finden, offiziell mit dem Stahlhelmbanden zu demonstrieren. Die gemeinsame Front der Arbeiterkassen wird nun auch durch die Farbenunterschiede ihrer Fahnen nicht mehr gestört. Der Beschluß des Stahlhelms aber wirkt zugleich ein großes Schlaglicht auf den politischen und sozialen Inhalt dieser Republik, für die sich jetzt alle Reaktionen begeistern.

en
hultre
n che
Ihr)

en
wweis

ühle

n

go Preise!

ngen

opitz

alität

u. allen

24, 18 M.

45, 28 M.

62, 50 M.

80, 45 M.

ntel

ntoman,

Pirna

destr. 38

Ruf 854

fdwaken

g Straße 77